

KOMMENTARE

Steinmeier im Irak

Ein bisschen Wahlkampf

Der spektakuläre Besuch des deutschen Außenministers im Irak löst Verwunderung aus, verständlicherweise. War nicht Bagdad aus Sicht der SPD bis gestern so etwas wie der Vorhof zur Hölle, ein Ort, wo Terror, Fanatismus und nackte Gewalt regieren? Und war nicht derselbe Frank Steinmeier, damals noch Frank-Walter, direkt hinter seinem Mentor Gerhard Schröder und Außenminister Fischer einer der wichtigsten deutschen Exponenten gegen den Irak-Krieg der Bush-Regierung?

Es fällt schwer zu glauben, dass sich das Land zwischen Euphrat und Tigris trotz einiger unleugbarer Fortschritte plötzlich auf gerader Bahn in den Kreis zivilisierter Staaten befinden soll. Gewiss, die Regierung Maliki hat bei den jüngsten Wahlen punkten können, und auch die Zahl der Anschläge geht drastisch zurück. Da mag Kontaktpflege nicht verkehrt sein; mehr als den Austausch von Visitenkarten zwischen deutschen Firmen und irakischen Offiziellen indes dürfte die labile Sicherheitslage, von den Kurdenprovinzen einmal abgesehen, bis auf weiteres nicht zulassen.

Steinmeiers demonstrative Kehrtwende, genauer: der Zeitpunkt, ist in erster Linie innenpolitisch motiviert. Seit der charismatische Barack Obama die Kommando-Brücke der letzten Supermacht betreten hat, ist es wieder angesagt, die Amerikaner zum Freunde zu haben. Das gilt für die Bundesregierung im Allgemeinen und für den deutschen Außenminister im Besonderen. Schließlich will der Mann im Herbst gerne Kanzler werden, und da kann etwas geborgter Glanz vom schwarzen Hoffnungsträger nicht schaden. Ein bisschen Wahlkampf auf der großen Weltbühne lautet das Rezept.



Lorenz von Stackelberg

Sie erreichen den Autor unter Lorenz.von.Stackelberg@merkur-online.de

Rettungsversuche für Opel

Unternehmer gesucht

Die Insolvenz gehört zu einer freien Wirtschaft. Wer sich am Markt nicht bewährt, muss abtreten. Das gilt auch für Opel. Doch welche Rolle spielt der Markt, wenn ein Weltkonzern seine US-Standorte retten und dafür die europäischen Töchter über die Klinge springen lassen will? Keine. Deshalb darf und sollte über eine Opel-Rettung nachgedacht werden.

Opel allein ist kaum überlebensfähig. Wer immer die Marke erhalten will, braucht industrielle Partner. Gleichzeitig ist Opel der einzige Teil von General Motors, der derzeit in der Lage ist, zukunftsfähige Autos zu entwickeln. Das wissen auch die Bosse in Detroit, die zwar Werke dichtmachen, aber Opel keineswegs verramschen wollen. Nur mit viel Geschick wird der Traditionshersteller herauszulösen sein. Das sollte wissen, wer sich hier engagieren will.

Natürlich ist es die Pflicht der vier betroffenen Bundesländer, sich um die Erhaltung der Arbeitsplätze zu kümmern. Ein Einstieg dieser Länder als Miteigentümer wäre allerdings nur das letzte Mittel, wenn sich eine tragfähige private Lösung beim besten Willen nicht finden lässt. Doch dazu müsste man Investoren vom Schlag eines Herbert Quandt aufspüren, der 1959 den Pleitekandidaten BMW durch seinen Einstieg vor dem Aus bewahrt hat. Die Suche nach einer Persönlichkeit mit dem nötigen Mut und Weitblick ist im deutschen Geldadel des Jahres 2009 mit Sicherheit schwierig, wahrscheinlich aber aussichtslos.



Martin Prem

Sie erreichen den Autor unter Martin.Prem@merkur-online.de

In pakistanischer Provinz gilt die Scharia

Erfolg der Taliban

Europa und die USA haben stets versucht, sich die Lage in Pakistan schönzureden. Der Krieg im Nachbarland Afghanistan, der von Pakistan aus – dem wichtigsten Unterstützer der Taliban – befeuert wird, lässt es aus politischen wie militärischen Gründen nicht zu, eine weitere Front zu eröffnen und Pakistan als das zu sehen, was es ist: Ein von Korruption gebeuteltes islamistisches Land. Das Risiko, gegen die den Taliban-Terror tolerierende Atommacht Pakistan vorzugehen, ist unkalkulierbar.

Die Fundamentalisten nutzen ihre Chance: Die Signale, die von Pakistan ausgehen, sind verheerend. Im nordpakistanischen Swat-Tal haben sich die Taliban mit Hilfe von Terrorismus und brutaler Gewalt das Recht erkämpft, die Gesetze der Scharia anzuwenden und ein Schreckensregime zu errichten. Es wird gefoltert und geköpft, Frauen werden gepeinigt, Männer dürfen sich nicht mehr rasieren. Und in den Bergen werden ungestört von der Zentralregierung Terroristen geschult.

In Pakistans Hauptstadt spricht man von einem Abkommen, das den Frieden sichern soll – und lügt sich damit einen Etappensieg der Taliban zurecht. Nicht nur, dass diese bisher noch jedes Abkommen gebrochen haben und danach stets stärker waren als zuvor: Dieser ihre Geisteshaltung absegnende Erfolg, der alle westlichen Demokratie-Bestrebungen verhöhnt, wird sie motivieren. In Pakistan und in Afghanistan, wo die Alliierten ohnehin dabei sind, ihren Krieg gegen die Taliban zu verlieren.



Werner Menner

Sie erreichen den Autor unter Werner.Menner@merkur-online.de

PROTEST



Der Frust ist groß: In München zogen gestern etwa 250 Fachärzte zur Staatskanzlei, um gegen die neusten Honorareinbußen zu demonstrieren. FOTO: R.K.

Fachärzte: „Es geht um die Existenz“

In Bayern blieben gestern viele Facharztpraxen geschlossen. Auch in München beteiligten sich etwa 80 Prozent der Mediziner an dem Protest gegen die neue Honorarreform. Diese macht ihrer Ansicht nach eine angemessene Versorgung der Patienten unmöglich.

VON SONJA GIBIS

München – Selbst eisiger Schneeregen kann die Wut der Fachärzte nicht kühlen. „Wir werden behandelt wie Underdogs“, schimpft ein Augenarzt. „So kann man keinen Kassenpatienten auch nur annähernd vernünftig behandeln“, fällt ein Gynäkologe ein – und zieht dabei seine OP-Mütze etwas tiefer.

Der Anblick ist mittlerweile nicht mehr neu: Die einstigen Halbgötter in Weiß sammeln sich Transparente schwenkend zur Straßendemo. Nach den Klinik- und Hausärzten treibt die neueste Reform jetzt auch die Vertreter des dritten Standbeins des deutschen Gesundheitssystems auf die Straße: die niedergelassenen Fachärzte. Überall in Bayern formiert sich der Protest. In Miesbach wollen die Fachärzte ab kommenden Montag ihre Praxen sogar für zwei Wochen zusperren. In München sammelten sich gestern etwa 250 Mediziner zum Protestzug zur Staatskanzlei.

Auf dem Marienplatz stehen Augenärzte und Gynäkologen, Psychiater und Orthopäden. Sie alle haben verschiedene Probleme. Eine halbe Stunde Beratung pro Quartal und Patient, das werde ihm künftig noch von der

Kasse erstattet, sagt ein Psychiater empört. „Stellen Sie sich das bei einem schwer depressiven Patienten vor!“ „Eine Investition in neue Geräte ist nicht möglich“, bekräftigt indes ein Kardiologe. Aber alle eint der Frust über ständig neue Regelungen und Kürzungen. Seit Jahren sorgen diese für wachsenden Unmut. Doch die jüngste Honorarreform hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Denn jetzt geht es für viele ums Überleben. „Stopp den Ärzte-Tod“, fordert ein Transparent.

Besonders ein Schlagwort hätte dabei beste Chancen als Anwärter für das Unwort des Jahres: Regelleistungsvolumina. Seit 1. Januar bestimmen diese Fixbeträge, wie viel ein Facharzt pro Patient und Quartal bekommt. Das dumpe Murren über begrenzte Budgets und unsichere Punktwerte hat sich seither

in einen lauten Protest gewandelt. 21 Euro erhält ein Augenarzt pro Kassenpatient und Quartal. 16 Euro ein Gynäkologe. Ob der Patient einmal oder fünfmal in die Praxis kommt, macht keinen Unterschied. Zwar können Fachärzte zudem sogenannte „freie Leistungen“, etwa ambulante OPs, abrechnen. Doch Tatsache ist: Durch die Reform erhalten sie bis zu 50 Prozent weniger.

Für viele steht fest: Die Politik will den Tod des niedergelassenen Facharztes. Doch statt das klar zu sagen, nützt sie lieber eine Taktik: Sie hungert die Praxen aus. Doch das wollen sich die Ärzte nicht gefallen lassen – auch zum Wohle der Patienten.

Denn für diese, davon sind die Spezialisten überzeugt, hat die neue Reform kaum absehbare Folgen. Lange Wartezeiten und eine schlechtere

Versorgung, schließlich der Zusammenbruch der flächendeckenden, wohnortnahen Facharzt-Versorgung – das sei die Zukunft. Vor allem ältere und schwer kranke Patienten hätten darunter zu leiden.

Um dies zu verhindern, haben die Fachärzte eine Liste mit Forderungen ausgearbeitet. Doch lassen sich diese auf einen Punkt bringen: „Für gute Leistung ein angemessenes Honorar“, sagt Thomas Scharmann, Landesvorsitzender der Gemeinschaft fachärztlicher Berufsverbände. Für dieses Ziel wollen die Fachärzte kämpfen, wenn nötig mit weiteren Protesten.

Unterstützung erhalten sie vom bayerischen Gesundheitsminister Söder. Er will eine Initiative im Bundesrat starten, um zum alten Vergütungssystem zurückzukehren. „Die Honorarreform ist gescheitert.“ (s. Bericht unten.)

WARUM HABEN SIE HEUTE IHRE PRAXIS ZUGESPERRT?



Dr. Bernhard M. Schrott, Gynäkologe in München: „Ich habe eine Zusatzausbildung als Psychotherapeut. Wenn es sich um Behandlungen außerhalb einer genehmigten Psychotherapie handelt, bekomme ich dafür jetzt keinen Cent mehr. Doch das macht ein Viertel meines Umsatzes aus. Wenn sich nichts ändert, kann ich auf Dauer zusperren.“



Dr. Wolf Neher, HNO-Arzt in Geretsried: „Ich bin frustriert. Denn eine qualifizierte Behandlung ist beim derzeitigen Stand nicht mehr haltbar. Die Patienten müssen damit rechnen, auf einem medizinisch niedrigeren Niveau behandelt zu werden. Nach einem Hörsturz bekommt der Patient statt einer Infusion halt bald nur noch eine Kortison-Tablette.“



Prof. Dr. Sigmund Silber, Kardiologe in München: „Der Einschnitt durch die Reform ist gravierend. In meiner Gemeinschaftspraxis haben wir einen Umsatzrückgang um 50 Prozent zu erwarten. Das bedeutet: Insolvenz. Hier geht es aber nicht darum, dass die Ärzte jammern. Wenn es so weitergeht, dann bekommen die Patienten nur noch eine Staatsmedizin.“



Dr. Siegfried Götte, Orthopäde in Unterhaching: „Unser Gesundheitssystem ist in einem permanenten Verfall. Wenn kein Umdenken stattfindet, fährt es an die Wand. Das muss der Öffentlichkeit bewusster werden. Wir Fachärzte können uns schon die Patienten nicht mehr leisten. Eine qualifizierte Versorgung ist so nicht zu gewährleisten.“ Fotos (5): Kurzendörfer



Prof. Dr. Lorenz Neubauer, Augenarzt in München: „Die Reform ist untragbar. Selbst aufwändige Untersuchungen gehen einfach in die ohnehin knappen Regelleistungen ein. Für den Patienten wird das letztlich dramatische Folgen haben. Die Regel wird die anonyme Behandlung in einem Medizinischen Versorgungszentrum oder einer Klinik sein.“

Bayern will die Honorarreform kippen

Minister Markus Söder: „Das ist ein sehr deutliches Signal in die deutsche Gesundheitspolitik hinein“

München – Die schwarz-gelbe Koalition in Bayern will die heftig umstrittene Honorarreform für Deutschlands Ärzte wenige Wochen nach ihrer Einführung wieder kippen. Die Honorarverordnung sei von Grund auf gescheitert, sagt Bayerns Gesundheitsminister Markus Söder (CSU) am Dienstag nach einer Kabinettsitzung in München.

Die CSU/FDP-Regierung will Söder zufolge eine Bundesratsinitiative in Berlin starten, um die seit 1. Januar geltende Reform auszusetzen. Stattdessen sollen die kassenärztlichen Vereinigungen zu nächst wieder nach dem alten Vergütungssystem abrechnen. In den einzelnen Bundesländern müssten die Ärzte

auch regional unterschiedlich bezahlt werden können. „Wenn die Bayern mehr Beiträge zahlen, muss davon auch mehr in Bayern übrig bleiben“, sagte Söder.

Im Falle eines Regierungswechsels nach der Bundestagswahl solle es eine grundlegende Honorarreform geben, erklärte der Minister. Bisher hatte die Staatsregierung die Gesundheitsreform zwar kritisiert, aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt. „Das ist ein sehr deutliches Signal in die deutsche Gesundheitspolitik hinein“, sagte Söder zu dem neuen Kurs der Staatsregierung.

Grund sind die Dauerproteste der Fachärzte, von denen viele Einkommenseinbu-



Gesundheitsminister Markus Söder: „Deutliches Signal“

ren befürchten. Gewinner der Honorarreform seien die ostdeutschen Ärzte, so Markus Söder. In Westdeutschland müssten jedoch viele Fachärzte Einbußen hinnehmen. Als Beispiele für Bayern nannte der Gesundheitsminister Urologen, Gynäkologen und HNO-Ärzte.

Noch im Januar hatte Söder gehofft, die wütenden Fachärzte befriedigen zu können. Eine Vereinbarung mit der Kassenärztlichen Vereinigung sollte sicherstellen, dass kein Facharzt mehr als fünf Prozent seines Einkommens verliert. Das hatte jedoch nicht zu einer Beruhigung geführt.

Das deutsche Gesundheitswesen habe nicht nur das

höchste Leistungsniveau, sondern auch „den größten Aufregungsfaktor“, sagte Söder. Für das bayerische Gesundheitswesen gebe es in diesem Jahr 280 Millionen Euro mehr. Viele Ärzte hätten jedoch Angst, dass sie in einem halben Jahr wieder Geld zurückzahlen müssten.

Der Gesundheitsfonds ist von der bayerischen Bundesratsinitiative nicht unmittelbar betroffen, da dieser die Einnahmen der Kassen regelt, nicht die Arzthonore. Söder ließ jedoch durchblicken, dass die bayerische Staatsregierung die Gesundheitsreform insgesamt nicht für sakrosankt hält: „Es ist gut, dass wir jetzt Änderungen vornehmen.“ dpa